

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nossauische Schweiz ♦ Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierzig Pfennig, monatlich 90 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeitzeile 24 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 18 Pfennig für eigene Anzeigen; die 86 mm breite Zeitzeile 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Kreisennachweis und Angebotsgebühr 20 Pfennig. Ganzseitige, halbe, drittel und viertel Seiten durchlängend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

für den Zwischenraum entsprechender Nachschlag. Jede Nachschlagsberechnung wird hinzüglich bei gerichtlicher Beurteilung der Anzeigengeschäfte. — Einzelne Verlagen: Tausend 9.50 Mark. Anzeigen-Annahme: Frühere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis allerhältestens 1/2 Uhr vormittags an den Erstausgabestagen in der Geschäftsstelle eingeschlossen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird zunächst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Jg. 161 · 1919

Berantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Dr. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Postcheckkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Mittwoch
15
Oktober

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Konsulat 44.

43. Jahrgang

Eine Zwangswirtschafts-Debatte.

Die Nationalversammlung beschäftigte sich am Montag mit der Beratung der Interpellation der Abgeordneten Löbe und Scheidemann, betreffend die Preissteigerung der Häute, des Leders, der Schuhwaren usw. infolge der Aufhebung der Zwangswirtschaft. Abg. Becker-Oppeln (Soz.) begründete die Interpellation.

Minister Schmidt führte u. a. aus: Wir haben gewußt, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft die Preise steigen würde. Dennoch läßt sich für die freie Bewirtschaftung des Leders eine Reihe von stichhaltigen Gründen anführen. Früher wurden 2/3 unseres Bedarfs an Leder und Fellen durch die Einfuhr gedeckt, für Schuhwaren speziell 50 Prozent. Im Urteile wurde die Einfuhr unterbunden, der Verdor aber entsprechend eingeschränkt. Die Zwangswirtschaft konnte die Fabriken fast überhaupt nicht mehr beliefern. Die Schuhwarenfabrikanten stellten sich im großen und ganzen auf den Standpunkt, daß der freie Verkehr für sie besser sei; wenn 2/3 des Bedarfs an Häuten und Fellen durch Einfuhr gedeckt werden müsse, so müsse die Einfuhr freigegeben werden. Dann müßte aber der Preis für inländische Häute und Felle auch steigen. Die Haupthandlung war auch, erstmals die Produktion zu fördern, zumal die Produktion auch für den Export in Frage kommt. Die Produktion ist gestiegen worden. Wir haben erlaubt, daß die Einführer von Fellen und Häuten 75 Prozent davon in Leder wieder ausführen dürfen. Die Kontrolle der Grenzen ist im Osten und Westen sehr schwierig, zumal wir von der Entente immer noch nicht erreichen, daß wir im Westen an der alten Zollgrenze eine starke Kontrolle einrichten können. Wir müssen auch rechnen mit dem Widerstand in Arbeiterkreisen und Kommunen im Westen gegen eine Änderung des gegenwärtigen Zustandes des freien Verkehrs. Die Konjunkturgewinne müssen direkt an die Industrie gehen zur Beschaffung von einigermaßen wertvollem Schuhwerk. Die Aufträge aus dem Auslande für unsere Fabrikation sind unbegrenzt. Wenn sich die Exportindustrie so hebt, so spielt der hohe Preis des Leders dabei kaum eine Rolle. Andererseits steigen dadurch auch die Löhne. Die Schuhindustrie steht sich bei dem freien Verkehr nicht schlechter als bei der Zwangswirtschaft. Wie die Dinge liegen, ist es nicht zu verhindern, daß der Preis für Schuhwaren ein einheitlich hoher ist. Die Wucherverordnungen sind natürlich auch hier anwendbar. Es würde sich nicht empfehlen, zur Zwangswirtschaft zurückzufallen.

Die Besprechung der Interpellation wird verbunden mit dem Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Nahrungsversorgung mit Ober- und Unterleidung und Schuhwerk sowie dem Abbau der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Textilindustrie und der Beratung des Antrages Hirsch (Dem.) betr. planmäßiger Abbau der Zwangswirtschaft für Erzeugnisse der Landwirtschaft, sowie endlich weiterer Anträge, die Zwangswirtschaft betreffend. An der nachfolgenden Aussprache beteiligten sich je ein Vertreter des Zentrums, der Demokraten, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen Sozialdemokraten, worauf die Debatte auf Dienstag verlegt wurde.

Ein Aufruf der Reichsregierung.

mz Berlin, 15. Okt. Die Reichsregierung und die preußische Staatsregierung erließen einen Aufruf an die deutschen Brüder und Schwestern aus den bedrohten Grenzmarken. In Oberschlesien, West- und Ostpreußen, Nordhessen und den rheinischen Kreisen Eupen und Malmedy, die Gefahr abzuwenden, die dort bei der demnächstigen Abstimmung dem Deutschen Reich und dem Deutschtum droht. Diese gesamten Abstimmungsgebiete müßten dem deutschen Vaterland erhalten bleiben, wenn jeder Abstimmungsberechtigte, d. h. jeder in diesen Gebieten noch Wohnende, wie der dort geborene, seine Pflicht tut durch Bekanntnis seines Deutums, auch bei der Abstimmung.

Zur Räumung des Baltenlandes.

mz Berlin, 13. Okt. Die Reichsregierung beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der neuen Note der Entente wegen der Räumung des Baltikums. Nachdem am 11. 10. das Reich die gänzliche Einstellung der Verpflegungszufuhr an die widerständigen Truppen im Baltikum verfügt hatte, ausgenommen an die Truppen, die sich nachweislich auf dem Rückmarsch befinden und denen nach den Etappenstationen

die Verpflegung entgegengesetzt wird, soll nun auch jeder Personenverkehr nach dem Baltikum sofort gesperrt und nur Züge zur Abholung der Truppen hinausfahren dürfen. Ebenso wurden verstärkte Kontrollmaßnahmen getroffen, um jede verbotene Munitionszufuhr unmöglich zu machen. General v. d. Goltz, der Anweisung gemäß im letzten Rückmarschbefehl der Regierung und in ihrem Aufruf an die Truppen bekanntgegeben, der mit Nachdruck auf die Verfolgung hingewirkt hat, übergab das Kommando am 12. 10. endgültig dem General Eberhardt und wird dieser Tage in Berlin erwartet.

Verhaftung deutscher Beaumstrager.

mz Riga, 14. Okt. Aus Riga hier eingetroffene Zivilpersonen melden, daß der deutsche Beaumstrager in Riga am Donnerstag verhaftet wurde, ebenso wurde der deutsche Beaumstrager in Libau mit seinem Personal von den lettischen Behörden verhaftet. Gegen die Verhaftung wurde bei der lettischen Regierung Protest eingelegt.

mz Stettin, 13. Okt. Der 3000 Tonnen große Fracht- und Passagierdampfer „Hesia“ der Stettiner Reederei Kunzmann gehörig, wurde von der lettischen Regierung mit Beschlag belegt. Die Mannschaften mußten das Schiff verlassen und befinden sich in Libau. Das Dampfer diente zum Transport von Truppen und Gefangenen.

mz Berlin, 15. Okt. Zu den Besprechungen im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung über die Lage im Baltikum und über die Maßnahmen, die zur Zurückbringung unserer Truppen dort getroffen worden sind, erfährt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß der Vertreter des Auswärtigen Amtes den Entwurf einer an den Verband zu richtenden Antwortnote vorlegte, der eingehend besprochen wurde. Heute vormittag werden die Besprechungen fortgesetzt.

Die Ratifikation.

London, 11. Okt. Havas. Der König ratifizierte den Friedensvertrag und sandte das diesbezügliche Dokument nach Paris.

mz Paris, 12. Okt. Havas. Der Senat genehmigte den Friedensvertrag mit Deutschland mit 217 Stimmen bei einer Stimmabstimmung. Die Bündnisverträge mit England und den Vereinigten Staaten wurden mit 218 Stimmen einstimmig gutgeheissen.

Vorgeschichte des Krieges.

mz Amsterdam, 12. Okt. Die „Times“ meldet aus New York: Graf Berthold teilt in einem Telegramm nach New York an Karl v. Wiegandt bezüglich des österreichischen Ultimatums an Serbien u. a. mit, daß die zahlreichen Unterredungen, die er mit dem deutschen Botschafter in Wien hatte, auf ihn keinen anderen Eindruck machen konnten, als daß die deutsche Regierung erwarte, daß Österreich an Serbien den Krieg erklären sollte. Die geführten Gespräche hätten ihn überzeugt, daß Deutschland, wenn Österreich nicht energisch genug austrete, es bei der nächsten Gelegenheit nicht mehr unterstützen und sich nach einer anderen Richtung orientieren würde. Berthold teilte außerdem mit, daß von Tschirsky über die Hauptpunkte des Ultimatums an Serbien vor der endgültigen Redaktion unterrichtet gewesen, und daß ihm der Text des Ultimatums zwei Tage vor der Abfassung ausgehändiggt worden sei.

Wilson ernstlich krank.

Washington, 13. Okt. Ämlich wird gemeldet, daß Wilson noch eine lange Ruhezeit nötig hat. Damit ist die Hoffnung geschwunden, daß er seine Amtstätigkeit demnächst wieder aufnehmen kann. Der „New York Herald“ meldet, daß trotz aller beruhigenden Berichte es sehr wohl möglich ist, daß der Präsident den Prinzen von Wales nicht begrüßen kann. In diesem Falle werde der Prinz seinen Besuch in New York unterlassen. Der Besuch des Königs und der Königin von Belgien beim Präsidenten wird wahrscheinlich gleichfalls unterbleiben. Senator Moses hat in den Blättern einen Brief veröffentlicht, in dem gesagt wird, daß der Präsident während seiner Rede in Pueblo einen Schlaganfall erlitten hat, und daß seit dieser Zeit eine Lähmung der Gesichtsnerven eingetreten ist. Solange die Lähmung des Gehirns an-

dauert, darf der Präsident seine Gedanken nicht konzentrieren, da dies eine Wiederholung des Anfalls veranlassen könnte. Wahrscheinlich kann der Präsidentkörper geheiligt, aber selbst dann wird er eine politische Rolle nicht mehr spielen können. Obwohl die Berichte von einer langsamem Besserung reden, steht die ganze Regierungsmaschine in den Vereinigten Staaten still, da die Verantwortlichkeit des Präsidenten von niemand getragen werden kann, auch nicht vom Vizepräsidenten, es sei denn, daß Wilson selbst dem Vizepräsidenten die Macht überträgt.

Politische Rundschau.

Bericht.

Alle preußischen Staatsminister haben nach einer Berliner Meldung auf die ihnen zustehenden Entschuldungsumsätze verzichtet.

Haase's Beenden.

Laut „Freiheit“ ist im Besinden Haase's in den letzten Tagen keine Besserung eingetreten. Wenn auch der Zustand zu Besorgnissen keinen Anlaß bietet, muß doch mit einer längeren Heilungsdauer gerechnet werden. Demgegenüber berichtet der „Vorwärts“ von einer Besserung, so daß eine neue Operation nicht erforderlich sein werde.

Der Reichsparteitag der deutschen Zentrumspartei

wird, wie die „Germania“ mitteilt, voraussichtlich vom 20. bis 23. November in Berlin im Reichstagsgebäude zusammengetreten.

Der zweite Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei hält vom 18. bis 20. Oktober in Leipzig ihren zweiten Parteitag ab. Im Mittelpunkt steht die Beratung des Parteiprogramms.

Besuchung der französischen Botschaft in Berlin.

mz Paris, 13. Okt. Nach dem „Echo de Paris“ bestätigt es sich, daß Dutasta französischer Botschafter in Berlin wird. Während der Übergangszeit wird Frankreich jedoch durch einen Geschäftsträger vertreten sein. Diese Mission wird Clinchant, dem gegenwärtigen Geschäftsträger in Berlin, übertragen werden.

Die Kosten der Arbeitslosenunterstützung.

Nach einer amtlichen Berechnung sind seit Ausbruch der Revolution bis zum 4. Oktober d. J. 4½ Milliarden Mark in Deutschland an Erwerbslose auf Grund der Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung gelangt.

Forderungen der Eisenbahner.

Frankfurt a. M., 13. Okt. Die Eisenbahner sämtlicher Eisenbahnbetriebe Groß-Frankfurts erzwangen heute nachmittag durch einen Demonstrationzug von etwa 15 bis 20 000 Personen von dem Eisenbahnpresidenten die Teilnahme des von den Arbeitern gewählten Verkehrsausschusses bei den regelmäßigen Sitzungen der Eisenbahndirektion und das Mitbestimmungsrecht der Ausschusmitglieder bei diesen Konferenzen. Der Präsident gab den Forderungen unter dem Druck der Verhältnisse nach, betonte aber, daß die endgültige Entscheidung darüber dem Eisenbahnministerium zustehe. Die Forderungen der Arbeiter waren bisher von dem Präsidenten in zahlreichen Sitzungen und Verhandlungen mit den Arbeitern verwieget worden. Gleichzeitig wurde in der Demonstration der Rücktritt des Eisenbahnpresidenten von seinem Amt gefordert, da er nach den Ausführungen verschiedener Arbeiterredner das Vertrauen der Arbeiter nicht mehr besaße. Hierüber soll eine am Dienstag stattfindende Versammlung Beschluß fassen.

Gegen das Schieberum.

Berlin, 13. Okt. Durch eingehende Beobachtungen ist festgestellt worden, daß im Westen täglich mit Hilfe von Eisenbahnangestellten Waren verschoben werden, wobei Bestechungen eine große Rolle spielen. Eisenbahnwagen werden täglich mit Schmuggelgut verschoben. Die Waren repräsentieren ungeheure Werte. Nachdem genügend Belastungsmaterial gesammelt ist, ist eine Kommission des Eisenbahnministeriums an Ort und Stelle tätig, um die Voruntersuchung einzuleiten. Der Eisenbahnminister hat angeordnet, schonungslos gegen alle Schädlinge des Volkes vorzugehen.

Die Abstimmung in Schleswig.

nz Kopenhagen, 13. Ott. Der Minister für Schleswig-Holstein, teilt einem Vertreter des „Politiken“ mit, daß der Friedensvertrag wahrscheinlich Mitte dieser Woche in Kraft treten werde und daß Deutschland 10 Tage danach das gesamte Abstimmungsgebiet in Schleswig, also die erste und zweite Zone, geräumt haben müsse. Man rechte damit, daß die internationale Kommission Ende nächster Woche in Flensburg eintrete und daß die Abstimmung in der ersten Zone Mitte November stattfinde. Sobald die Abstimmung stattgefunden habe, habe Dänemark das Recht, das Land sofort zu besetzen, obwohl es noch nicht dem dänischen Staate übertragen sei. Selbstverständlich werde Dänemark von diesem Recht Gebrauch machen. Auch die Abstimmung in der zweiten Zone werde beschleunigt werden. Nach dem Friedensvertrag soll sie spätestens fünf Wochen nach der Abstimmung in der ersten Zone stattgefunden haben. Aber es könne sagen, daß sie weit früher abgehalten werde, d. h. also, daß beide Abstimmungen vor Weihnachten vorgenommen würden. Danach werde die Kommission die Grenzlinie nach Süden festsetzen und sodann das ganze Material nach Paris senden, wo endgültig die Entscheidung getroffen werde.

Der Auszug der deutschen Beamten aus Thorn.

nz Berlin, 14. Ott. Ueber den Auszug der deutschen Beamten aus Thorn wird dem „Tageblatt“ berichtet: Die Stimmung in der intelligenten Bevölkerung ist gedrückt, doch nehmen die Deutschen im allgemeinen den Standpunkt ein, daß sie sich mit den gesetzlichen Tatsachen absindern und loyale Beziehungen zu dem neuen Staatswesen suchen müssen.

Das Schicksal Danzigs.

nz Berlin, 14. Ott. Die Uebernahme der Kreis- und Staatsbetriebe Danzigs in den Besitz der Stadt Danzig, die als Treuhändlerin auftritt, ist gestern erfolgt. Die Reichswerft, die Gewehrfabrik und die Artilleriewerft wurde dem Oberbürgermeister übergeben.

Deutschland und die Blockade Sowjetrusslands.

nz Berlin, 14. Ott. In den Abendblättern findet man Andeutungen über den angeblichen Inhalt der deutschen Antwortnote auf die Einladung der Entente zur Beteiligung an der Blockade Sowjetrusslands. Dazu wird festgestellt, daß die Antwort der Regierung noch keineswegs feststeht. Auch beschäftigte sich das Kabinett noch nicht mit ihr. Damit werden auch die vorgetragenen Einzelheiten hinfällig.

Deutsche Heilstätten in französischer Hand.

nz Berlin, 14. Ott. Laut „Lokalanzeiger“ werden aus Baden-Baden, Homburg v. d. H. und Wiesbaden umfangreiche Grundstücksaufläufe durch die Franzosen gemeldet, die die Gefahr näherrücken lassen, daß diese berühmten Heilstätten mehr und mehr in französische Hände übergehen.

Abtransport Arbeitsloser.

nz Berlin, 15. Ott. Aus Karlsruhe wird dem „Lokalanzeiger“ berichtet: In Straßburg begannen die französischen Behörden damit, die Arbeitslosen nach Verdun und Reims abzuschicken. Es werde beabsichtigt, Zwangsaushebungen zu veranlassen, wenn sich nicht genügend Arbeitskräfte dazu meldeten. Seit einigen Tagen werden die bisherigen Sequestationen systematisch liquidiert.

Der zweite Geiselmordprozeß in München.

nz München, 13. Ott. Vor dem Münchener Volksgericht begann heute der zweite Geiselmordprozeß. Angeklagt sind der Kellner Utpold Debus, der Taglöhner Rudolf Greiner, der Hilfsarbeiter Alois Rammerstätter und der russische Staatsangehörige und Student Andreas Krelenko. Die drei Letzteren stehen unter der Anklage, gemeinschaftlich mit anderen vorsätzlich Menschen getötet und die Tötung mit Überlegung ausgeführt zu haben.

nz Berlin, 14. Ott. Im neuen Münchener Geiselmordprozeß beantragte gestern der Staatsanwalt gegen den 21jährigen Hilfsarbeiter Reinert aus München, den 27-jährigen Hilfsarbeiter Rammerstätter und den russischen Studenten Krelenko aus Minsk, da die Angeklagten vorsätzlich Menschen getötet und die Tötung mit Überlegung ausgeführt haben, die Todesstrafe. Gegen den mit angeklagten 18jährigen Kellner Debus, der wissenschaftlich bei diesen Verbrechen Hilfe geleistet hat, wurden fünf Jahre Zuchthaus beantragt.

Aus dem Saargebiet.

nz Berlin, 15. Ott. Den Morgenblättern zufolge hat die französische Besatzungsbehörde die Jena in Saargebiet und in Elsaß-Lothringen wieder eingeführt, nachdem sie für wenige Tage aufgehoben worden war. Der Belagerungszustand wurde, da die Ruhe wiederhergestellt ist, am Sonntag aufgehoben.

20 Millionen Schaden.

Nach recht vorsichtiger Schätzung soll der bei den Plündерungen am 7. und 8. Oktober im Saargebiet angerichtete Sachschaden mindestens 20 Millionen betragen.

Der Papst an die Deutschamerikaner.

New York, 15. Ott. Der Papst hat durch den päpstlichen Staatssekretär Kardinal Gaspari dem katholischen Zentralverein, dem Verband der deutsch-katholischen Vereine des Landes, anlässlich dessen Jahreskongress in Chicago eine Botschaft zugehen lassen, die von Erzbischof Mundelein verlesen wurde. Darin preist der Papst die Deutschamerikaner dafür, daß sie während des Krieges bei aller Loyalität gegen Amerika die Liebe zur alten Heimat gepflegt hätten, und ermahnt sie, die vom

Krieg hinterlassene Spur des Hasses baldigst auszutilgen. Namentlich sollen die deutschen Katholiken Deutschland jede mögliche fachliche und moralische Unterstützung gewähren, um die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu erleichtern.

Die englische Landesverteidigung.

nz Berlin, 14. Ott. Der „Lokal-Anzeiger“ meldet aus Rotterdam: Der „Nieuwe Rotterdamsche Cour“ meldet aus London: Der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Express“ meldet, daß der Ausschuß für Ersparnisse beschlossen habe, daß man in drei Zweigen der Landesverteidigung sparen müsse. Es wurde deshalb Befehl erteilt, die Ausgaben der Armee auf 75 Millionen Pfund Sterling im Jahre zu verringern, die Ausgaben für die Flotte auf 60 Millionen und die Kosten für den Lustverteidigungsdienst, welcher schon auf 65 Millionen verringert wurde, auf 25 Millionen zurückzuschreiben.

Amerika und der Friedensvertrag.

nz Paris, 13. Ott. Havas. Nach einem Telegramm des „Echo de Paris“ aus Washington erklärt die Regierung, daß, falls die Zusicherungen und Vorbehalt vom Senat angenommen werden würden, eine der ersten Handlungen des Präsidenten nach seiner Genehmigung darin bestehen würde, den Vertrag zurückzuziehen.

Fiume — Pufferstaat?

nz Amsterdam, 13. Ott. Laut Pressebüro Radio meldet die „Associated Press“ aus Washington, es verlautet, daß die italienische Regierung der Errichtung eines Fiume und die benachbarten Küstengebiete umfassenden Pufferstaates zugestimmt habe, unter der Bedingung, daß die italienischen Interessen in diesem Staate durch die Einführung der italienischen Verwaltungsmethoden und durch die Bestätigung des Anspruchs Italiens auf den früheren Bezirk von Fiume und den an der Küste in westlicher Richtung gelegenen Landesteilen geschützt werden.

Pettland und Amerika.

nz Helsingfors, 13. Ott. Nach Meldungen der lettischen Presse schloß Pettland mit Amerika einen Vertrag ab, der für die zukünftige Stellung der Randstaaten von grundlegender Bedeutung ist.

Bergarbeiterstreit in Amerika.

nz Philadelphia, 13. Ott. Havas. Da die Unterhandlungen zwischen den Bergleuten und den Minenbesitzern abgebrochen wurden, wird der Streik am 1. November eintreten. Er wird sich über ungefähr 325 000 Bergleute ausdehnen.

General Mangins Abschied.

Mainz, 13. Ott. Die Abfahrt des General Mangin von Mainz fand am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, statt. Das Bahnhofsgebäude war reich mit Fahnen geschmückt. Vor dem Hauptportal hatte das 166. Infanterie-Regiment Paradeaufstellung genommen. General Mangin erschien kurz nach 3 Uhr, die Musik spielte die Marschallade und die Regimentsfahne wurde entfaltet. Hierauf ging der General die Front ab, begleitet von den höheren Offizieren der Garnison. Am Seiteneingange des Bahnhofes hatten sich zahlreiche Offiziere postiert. General Mangin verabschiedete sich von denselben und drückte jedem einzelnen Offizier die Hand. Er begab sich hierauf durch das Empfangszimmer zur Einstieghalle, wo ebenfalls eine Ehrenkompanie postiert war. Pünktlich um 3 Uhr 12 Minuten setzte sich der Zug langsam in Bewegung. General Mangin grüßte im Fahren noch vom Wagen aus und die zahlreich anwesenden Franzosen riefen: Es lebe Mangin! Der General war ernst und bewegt. Der Abschied von Mainz, woselbst er sich 10 Monate aufgehalten hatte, schien ihm schwer zu fallen.

Lokalnachrichten.

* Königstein, den 14. Ott. Am vorigen Sonntag hielt der katholische Volksverein eine gut besuchte Versammlung im Vereinshaus ab. In derselben erstattete der Geschäftsführer, Herr Hauptlehrer Diel, den Bericht über die Tätigkeit des Vereins seit der letzten Generalversammlung und legte den Rechnungsbuch bis zum Ende des Jahres 1918 vor, welcher durch die gewisse Prüfungskommission für richtig erkannt wurde. Herr Dekan Löw sprach über die gegenwärtigen Zeitverhältnisse und verglich sie mit früheren geschäftlichen Ereignissen, wo auf den Niedergang immer wieder ein Aufstieg stattfand. In zu Herzen gehender Weise zeigte er, wie jeder einzelne durch gewissenhafte Pflichterfüllung in der Ausführung der täglichen Berufsaufgaben, durch Treue und Aufrichtigkeit im Verkehr mit andern, besonders in geschäftlicher Beziehung, durch Linderung der herrschenden Not, und vor allem durch wahre Religiosität, welche sich in allen Lebenslagen praktisch betätigen muß, mit an der Gesundung des Volkes arbeiten müsse. Es wird nur besser, wenn jeder seine ganze Kraft anstrengt und, alle unlauteren Machenschaften weit von sich weisend, bemüht ist, an der so notwendigen Erneuerung der menschlichen Gesellschaft mitzuwirken.

* Königstein, 15. Ott. Aus englischer Gesangenschule zurückgekehrt ist nunmehr auch Herr Karl Leue, Sohn des Herrn Obergärtners Leue hier.

* Im 90. Lebensjahr starb gestern Frau Obergärtner Euler Leue hier. Die Verstorbene war die älteste Einwohnerin unserer Stadt.

* Schneegänge überslogen in den beiden vergangenen Tagen in südlicher Richtung unsere Stadt. Ihre Ankunft deutet auf das Herannahen des Winters hin. Im Harz ist bereits der Winter eingezogen. Im Brodengebiet liegt der Schnee seit einigen Tagen fast 1½ Fuß hoch.

* Der für den 19. und 20. Oktober vorgesehene Holzheimarkt findet nicht statt, da die dazu erforderliche Genehmigung nicht erteilt wurde.

* Viehabgabe an die Entente. Laut Bekanntgabe der Landwirtschaftsämtern entfallen auf den Bezirk Rassel zur Abgabe ungefähr 770 Pferde, 550 Schafe und 360 Ziegen und im ungünstigsten Falle 2500 bis 3000 Stück Rühe. Als feststehend kann angesehen werden, daß Tiere von guter Mittelqualität zur Ablieferung an die Sammelstelle, welche für den Bezirk Rassel die Stadt Frankfurt a. M. ist, verlangt werden.

* Spiegelfechterei. Es wird von verschiedenen Seiten in immer schärferen Angriffen auf die Zentralbehörden, insbesondere auf das Reichswirtschaftsministerium, die sofortige Auhebung sämtlicher deutscher Viehhandelsverbände dringend verlangt. Wenn man sich die Begründung aber näher ansieht, so entdeckt man fast überall zur größten Übertreibung, daß gleichzeitig entweder ein Schlachtverbot für alles Rindvieh bis zum 1. Dezember oder die Einführung mehrerer fleischloser Wochen gefordert, oder auch nur die Beleverung von Kranken und Kindern mit staatlich erlaubtem Fleisch zugestanden wird. Bei allen drei Bedingungen ist aber das Bestehen einer staatlichen Organisation unter allen Umständen notwendig. Ob man diese Organisation Viehhandelsverband oder anders nennt, ist nebensächlich. Das Viehhändler- und Fleischergewerbe ebenso wie die Viehbesitzer werden also die Beaufsichtigung durch amtliche Organe und auch die Absorderung eines, wenn auch nur kleinen Teiles Schlachtvieh nicht los.

* Jetzt gibt's aber Heringe! Aus Kristiania meldet das Wolfsbüro unter 10. Oktober: Die Abmachungen über den weiteren Verlauf gesetzter Heringe aus den Vorräten des Staates an Deutschland wurden heute Mittag unterzeichnet. Die deutsche Regierung laufte nach diesen Abmachungen alle Vorräte des norwegischen Staates an Großheringen, Frühjahrsgeringen und Fettgeringen vom vorigen Fang, im ganzen 770 000 Tonnen, sowie 100 000 Tonnen englische Heringe. Für den Vorschuß der Kaufsumme, die im ganzen circa 33½ Millionen Kronen beträgt, erhält die deutsche Regierung Kredit nach näheren Bedingungen.

* Petroleum für den Winter. Die Bemühungen der Regierung, durch Verträge mit ausländischen Lieferanten die zur Beleuchtung notwendigen Petroleummengen für den kommenden Winter zu sichern, sind erfolgreich gewesen. In den Vereinigten Staaten werden bereits die ersten, mit Leuchtmaterial für Deutschland bestimmten Dampfer geladen, sodass gegen Ende Oktober mit einer Versorgung in der deutschen Petroleumversorgung gerechnet werden kann. Die Verteilung des Petroleums wird vorläufig noch wie vor den Kommunalverbänden überlassen, weil nur dann die Gewalt dafür besteht, daß das Petroleum nicht im freien Handel verschwindet, sondern in die Hände der Bevölkerungskreise gelangt, die auf Petroleum als Beleuchtungsmittel angewiesen sind.

* Monatskarten 4. Klasse. Die Eisenbahnverwaltung beabsichtigt, vom 1. November ab Monatsfahrtkarten für die 4. Wagenklasse zu dem Preise des vierfachen Betrages der Arbeiterwochenkarten auszugeben. Diese Neuerung bedeutet für die auf dem Lande wohnenden, in der Stadt bedienten Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten eine wesentliche Verbilligung der Fahrkosten. Die Ausgabe der Arbeiterwochenkarten und der Monatskarten 4. Klasse erfolgt an jedermann ohne Beschäftigungsnachweis.

* Die Mehger des Kreises Höchstädt haben sich mit einer Eingabe an den Kreisausschuß gewandt, in der sie bitten, ihnen den Betrieb der Kreissleißstelle zu übertragen. In dem längeren Schriftstück heißt es u. a.: Die vielseitigen Klagen und Beschwerden über die bisherige Fleisch- und Wurstversorgung des hiesigen Kreises haben zu Bedenken Anlaß gegeben. Die Unterzeichneten sind in ernste Erwägung eingetreten, auf welche Weise hierin eine Besserung herbeizuführen möglich ist. Es liegt ihnen fern, an dem Betrieb der Kreissleißstelle, sowie den damit zusammenhängenden Einrichtungen zu rütteln; doch halten sie es für dringend geboten, daß die bisherige Leitung der Kreissleißstelle durch eine sach- und fachkundige auf breiterer Basis erweitert wird. Zum Schlusse erklärten sich die Mehger bereit, in einer engeren Kommission ihren Standpunkt und ihre fünf Punkte der Eingabe noch ausführlicher darzulegen.

* Eine ganz neuartige Preissteuerung haben die Schuhmacher im Kreis Groß-Gerau ausgesetzt. Außer einer gesetzten neuen Preisfestsetzung für Schuhmacherarbeiten haben sie durch Innungsbeschluss bestimmt, daß für das Bringen von schmutzigen Stiefeln 1 M. „Reinigungsgebühr“ besonders erhoben wird.

* Die 94. Generalversammlung des Vereins nassauischer Land- und Forstwirte beschloß die Herabsetzung des Ausmühlungsbetes für Brotgetreide auf 80 Prozent, die Aufhebung des Mahlzwanges, mindestens Freigabe der Mühlenwahl, die Erhöhung des Milchpreises auf 80 Pf. pro Liter ab Stall, sowie die Aufhebung der Höchstpreise zur schlechten Veranlassung an den Nassauischen Landesverband weiter zu leiten.

* Eine mathematische Aufgabe. In St. Ingbert (Pfalz) wurden für ein fettes Schwein 2000 M. bezahlt. Was wohl ein Rippchen oder Rotelett kosten?

* Halbenstein, 15. Ott. Als erster Einwohner, der sich seit mehreren Jahren in englischer Kriegsgefangenschaft befand, zurückgekehrt, ist gestern Herr Obergärtner Hermann Gölle.

Von nah und fern.

— Bitteres Leid ist der Familie des Bauunternehmers Jakob Christian in Unterriederbach widerfahren. Nachdem im vergangenen Jahre schon einer ihrer zwei hoffnungsvollen Söhne den Fliegertod erlitten hat, lehrte nunmehr der jüngere Sohn, der zu Beginn des

Krieges als Seefahrer in englische Gefangenschaft geraten war, anfangs dieses Monats nach 7jähriger Abwesenheit endlich in die Heimat zurückgekehrt, aber nur um hier einer schweren Krankheit in wenigen Tagen zu erliegen.

Biebrich, 12. Okt. In der Nähe der Wuthschen Bierbrauerei hat gestern Vormittag ein hiesiger Feldschuh einen auf der Hammermühle beschäftigten Knecht erschossen. Der Feldschuh hat die Frau des Knechts wegen eines Feldstrevels zur Anzeige gebracht. Als der Knecht gestern Vormittag zufällig auf der Straße mit ihm zusammentraf, scheint er ihn zur Rede gestellt zu haben. Der Feldbeamte nahm, als der Andere auf ihn zutrat, an, daß er angegriffen werden sollte und gab aus nächster Nähe den Schuß ab, welcher den Knecht sofort tot niederstreckte. Der Täter befindet sich zur Stunde noch auf freiem Fuß.

Neunflischen (Mecklenburg), 14. Okt. Der Sohn eines Hofsbesitzers kehrte aus englischer Gefangenschaft zurück, mit Schmach von den Eltern erwartet. Als er nachts das elterliche Gehöft erreichte, überraschte er in einem Biechstall zwei Männer, die mit dem Abhäuten einer Ruh beschäftigt waren. Zwischen dem Besitzerssohn und den Viehträubern entspann sich ein Kampf auf Leben und Tod. Als der Hofsbesitzer am anderen Morgen in den Stall kam, fand er in die Haut eingewickelt die Leiche des Sohnes, dessen Rückkehr nach langer Trennung von der Familie so freudig erwartet wurde. Die Täter sind unbekannt.

Gegen den Kartoffelwucher.

Landrat Berthold in Montabaur erläßt folgende Bekanntmachung: Durch die Anordnung über die Kartoffelversorgung ist der Bezug von Kartoffeln direkt vom Erzeuger auf Bezugsschein zugelassen. Wie mit von allen Seiten berichtet wird, hat das Bezugsscheinverfahren zu einer vielen Preistreiberei seitens zahlreicher Landwirte geführt. Es werden von Landwirten vielfach Preise verlangt, die die festgesetzten Höchstpreise weit übersteigen. Seide, Erzeuger und Käufer machen sich durch Ueberzeichnung der Höchstpreise strafbar. Während aber der Käufer in der Regel bei Bewilligung eines Ueberpreises in dem guten Glauben handelt, daß er sich in einer Notlage befindet, fordert der Erzeuger lediglich aus Gewinn auch Ueberpreise, um für seine Kartoffeln mehr zu erzielen, als er später bei Ablieferung an den Kommunalverband erhalten würde. Um diesem wucherischen Treiben der Landwirte zu steuern, fordere ich alle Verjüngungsberechtigte auf, soweit ihnen Preise von mehr als 9 M je Zentner Kartoffeln abverlangt werden sind, mit die Namen der Landwirte unter kurzer Mitteilung des Sachverhaltes anzugeben. Ich werde die Strafverfolgung dieser Landwirte einleiten und veranlassen, daß gegen Käufer, die notgedrungen sich Preisüberschreitungen haben zu Schulden kommen lassen, nicht vorgegangen wird. Endlich werde ich den übervorteilten Käufern mit geeigneten Maßnahmen beihelfen, Reichsvergütung der zuviel bezahlten Beträge zur Seite stehen. — Hoffentlich findet diese Bekanntmachung Nachahmung, auch im Süden unseres nassauischen Landchens.

Gegen die Glocken-Beschlagnahme.

Der Nationalversammlung ist folgende Frage von Zentrumsabgeordneten zugegangen: Die Tatsache, daß die im Interesse der Landesverteidigung verfügte Beschlagnahme der Glocken noch nicht aufgehoben ist, ruft im Lande große Unruhe hervor, besonders nachdem bekannt wurde, daß die Menge des beschlagnahmten Glockenmetalls nur 4 Prozent der Gesamtmenge aller durch die Beschlagnahme erfaßten Metallbestände beträgt. Der Widerspruch erregt Sorgen, der besteht zwischen der Behauptung, das Glockenmetall sei unentbehrlich zur Versorgung lebenswichtiger Betriebe, und der Tatsache, daß Händler sich im Besitz von Bezugsscheinen befinden und im freien Handel Glockenmetall vertreiben. Sind diese Verhältnisse der Reichsregierung bekannt? Was gedenkt sie zur Abhilfe zu tun? Ist die Reichsregierung bereit, aus den Metallbeständen den bezeichneten Prozentsatz zum Glockenguss freizugeben? Und ist sie ferner bereit, die Beschlagnahme noch nicht eingezogener Glocken und der noch nicht abgeholtene Glockenmetallbruchstücke sofort aufzuheben?

Das Loch am Rhein

So durch die feindliche Besetzung unseres linksrheinischen Gebiets entstanden. Als die Blockade aufgehoben wurde, stürmten durch das besetzte Gebiet ungeheure Mengen ausländischer Lebensmittel, Bedarfs- und Luxusartikel nach Deutschland. Man glaubte, nun müßten alle Preise sinken und das Leben würde wieder erträglicher werden. Das Gegenteil trat ein. Nach den Gründen braucht man nicht lange zu suchen. Täglich können wir in den Zeitungen lesen, daß unter ihnen das böse „Loch am Rhein“ mit an einer Stelle steht. Ungehindert fließen hier, durch keine Grenzen gehindert, zum großen Teil überflüssige Waren unkontrollierbar herein und deutsches Geld hinaus, das dadurch immer mehr entwertet wird. Dieses Loch muß also verstopt werden. Aber wer stopft es zu? Wer kann hier helfen? Denn Hilfe muß rasch und gründlich werden. Immer tiefer sinkt unsere Valuta und verteuert daher alles, was wir aus dem Auslande beziehen müssen, um ein Viertel seines heute auch recht hohen Weltwertes. Ein Jahrzehnt wir für 1 (amerikanischen) Dollar 4.20 M., heute etwa 25 M. 1 (englisches) Pfund Sterling 20.40 M., heute etwa 100 M. 1 (französischen) Franken 81 S., heute etwa 3 M. 1 (italienische) Lire 81 S., heute etwa 3 M. 1 (holländische) Gulden 1.68 M., heute etwa 9.20 M. Und jeder Posten Ware, der über den Rhein kommt und mit deutschem Papiergeld bezahlt werden muß, drückt unsere Valuta weiter herunter, bis überhaupt kein ausländischer Kaufmann seine Waren mehr für deutsches fast wertloses Papiergeld liefern will. Das ist dann der vollkommene Zusammenbruch unserer gesamten deutschen Volkswirtschaft.

Wer kann das verhindern? Die Regierung? Nein! Die deutsche Regierung ist gewiß vom besten Willen beeinflußt und sie vermag zum Neuaufbau unserer Finanzwirtschaft sehr viel beizutragen. Aber sie hat nicht die Macht, die deutsche Grenze im Westen, die die Entente im vollen Bewußtsein, Deutschland damit zu schädigen, offen hält, zu schließen. Und noch eins kann sie nicht, das Radikalmittel schaffen, das uns allein retten kann, das unsere Valuta wieder hochbringen wird, trotz des Loches am Rhein: Sie kann keine neuen Werte schaffen, die wir dem Auslande für seine Waren statt Geld in Zahlung geben könnten. Das vermag nur der deutsche Arbeiter, wenn er die Notwendigkeit erkennt und den guten Willen hat. Das Ausland will deutsche Waren, aber kein deutsches Papiergeld. Bald können wir für Geld nichts mehr haben, für deutsche Waren aber alles. Der Einzige also, der Deutschland wirtschaftlich retten kann, der sogar die Macht hat, das Loch am Rhein für uns unbeschädigt zu machen, das ist der deutsche Arbeiter.

Letzte Nachrichten.

Wz Berlin, 15. Okt. Wie dem „Volksanzeiger“ aus Wien berichtet wird, erklärte der Staatssekretär für Justiz, daß dem Begehrten der bayerischen Regierung um Auslieferung Lévis, der in Wien verhaftet wurde, nicht entsprochen werden könne, da es nicht in den Intentionen der österreichischen Regierung stehe, politische Verbrecher auszuliefern.

Wz Berlin, 15. Okt. Die gestern abend in Berlin einberufenen Protestversammlungen gegen den Belagerungsstand verließen im allgemeinen ruhig. In diesen Versammlungen erklärte Adolf Hoffmann, ein Zusammengehen mit den Mehrheitssozialisten müßten die Unabhängigen ein für alle Male ablehnen. Die Hauptwaffe sei der Streik, mit dem die Regierung gestürzt und die Herrschaft des Proletariats aufgerichtet werden könne.

Wz Berlin, 15. Okt. Ministerpräsident Hirsh sprach gestern als Gastdozent der Berliner Universität in einer der größten Hörsäle über die Geschichte der Städteordnung. In seinen weiteren Vorlesungen wird er alle Zweige der Gemeindeverwaltung programmatisch behandeln.

Wz Wien, 14. Okt. In der heutigen Sitzung des Kreisarbeiterrates erklärte Staatssekretär Bauer, daß er aus der Staatregierung auszuscheiden beabsichtige, da seine Person der Regierung nichts mehr nützen könne, und er andererseits glaube, seiner Partei außerhalb der Regierung nützlicher zu sein.

Gemeindewahlen: Wahlumschläge und Stimmzettel liefern

Druckerei Ph. Kleinbühl, Königstein i. T., Fernruf 44

Amtliche Bekanntmachungen.

Umschrift.
Der preußische Minister für Volkswohlfahrt.

St. 9. 1919.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat zur Gewährung von Baukostenübersteuerungszuschüssen aus Reichsmitteln weitere 170 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, gleichzeitig aber ausdrücklich bemerkte, daß über diese 150 Millionen Mark mit Rücksicht auf die Finanzen des Reiches einstweilen nicht würde hinausgegangen werden können. Von diesem Betrage entfallen auf Preußen höchstens 90 Millionen, welcher Betrag schon durch die hier noch vorliegenden begründeten Anträge nahezu völlig in Anspruch genommen werden wird. Der Herr Reichsfinanzminister hat deshalb gebeten, mit Rücksicht auf die Begrenzung der für Baukostenübersteuerungszuschüsse zur Verfügung stehenden Mittel und mit Rücksicht auf die für Bauausführungen vorgecharthte Jahreszeit sowie im Hinblick darauf, daß es sehr zweifelhaft ist, ob für das Rechnungsjahr 1919 mit einer Bereitstellung von weiteren Mitteln für den gedachten Zweck würde gerechnet werden können, noch dem 15. September von Bauunternehmern usw. neu eingehende Anträge auf Gewährung von Zuschüssen, abgesehen von ganz dringenden Fällen, nicht mehr zu berücksichtigen. Zu meinen lebhaften Bedenken muß ich Sie daher erläutern, neu eingehende Anträge vom Eingang dieses Erlasses ab, wegen Mangel an Mitteln einstweilen ablehnend zu bestimmen. Zu den ganz dringenden Fällen können mit Rücksicht auf die Anzahlkeit der Mittel nur solche gerechnet werden, bei denen Zugriff auf Zuschüsse in irgendeiner Form dieses schon gestattet worden sind, oder bei denen Baugebiete jetzt erst zurückgekehrt Kriegsgefangene und Internierte, oder Nothäuser für die sofortige Schaffung von Wohngelegenheiten Bereitschaffung finden sollen. Daß die neu zu bewilligenden Aufsätze ist unbedingte Voraussetzung, daß die extraordentlichen wichtigeren Bauarbeiten sofort ausführbar vorhanden sind. Dies ist in jedem Falle ausdrücklich zu berichten.

Berlin W 66, den 16. September 1919.

ges.: Stegerwald.

An die Herren Regierungspräsidenten.

Der Regierungspräsident.

Pr. I. 3. W. 147.

Berichtende Abwehr ist überzeugt, ich mit der Bitte um Rücknahme und geeignete Veröffentlichung. Es ist also zwecklos, noch Gesetze auf Grund des Erlasses vom 1. November 1918 Pr. I. 221, mitgeteilt durch Verfügung vom 17. Januar 1919 Pr. I. 3 G. 23, vorzulegen, abgelehnt von den im obigen Erlass als ganz dringend bezeichneten Fällen.

Wiesbaden, den 29. September 1919.

ges.: Walther.

Wird veröffentlicht.

Königstein, den 10. Oktober 1919.

Der Landrat Jacobs.

Der Handwerkskammer in Wiesbaden wird voraussichtlich eine geringe Menge Leinölfirmis überwiesen. Die Kammer ist beauftragt, für den biefigen Bezirk den augenblicklichen Bedarf festzustellen. Es wird vom Reichsausschuß für Oele und Fette ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß es sich um die Verteilung von nur beschränkten Mengen handelt, weil die Rüfuhren an Leinöl noch nicht den vollen Bedarf decken. Als Hauptverbraucher kommt das Malergewerbe in Frage. Eine Lieferung

für Schreiner ist nur in ganz beschränktem Maße möglich.

Der Reichsausschuß verzerrt ausdrücklich darauf hin, daß überall, wenn irgend möglich, noch Frischprodukte verwendet werden müssen.

Die Lieferung kann nicht unabdingt zugestellt werden und ist nur der augenblickliche Bedarf anzumelden, also nicht der Bedarf für längere Zeit, weil sonst die ganze Versorgung für den Augenblick scheitern könnte.

Der Bedarf ist mir sofort anzumelden. Nach dem 16. d. Mts. eingehende Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Die Gemeindedehörden erüben ich die in den Gemeinden vorhandenen Maler- und Schreinerbetriebe mitzuzeigen. Freit. 16. 10. 1919.

Der Landrat: Jacobs.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 17 Absatz 2 der Verordnung über Gewüste, Obst und Süßrechte vom 3. April und 19. August 1917 (R. G. Bl. S. 307 und 723) bestimme ich hiermit: daß die §§ 1—3, 16, Abs. 11 Bisher und 16 a dieser Verordnung keine Anwendung finden auf Beträge, durch welche sich Erzeuger vor der Avertnung zur entgeltlichen Lieferung von Kohlrüben, (Siedkrüben, Brusen, Bodenkohlrüben, Erdkohlrüben, Unterlochkohlrüben) der Gente 1919 verpflichten, die von ihnen selbst geerntet werden.

Demnach wird der Abschluß von Lieferungsverträgen über diesjährige Kohlrüben dem freien Verkehr überlassen. Amtliche Vertragsmuster werden nicht aufgestellt, „Vertrags- und Höchstpreise“ nicht festgesetzt. Eine Genehmigung durch die Reichsstelle kommt nicht in Frage. Für Streitigkeiten aus den Verträgen sind nicht die bei der Reichsstelle sowie den Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen gebildeten Schiedsgerichte, sondern grundsätzlich die ordentlichen Gerichte zuständig.

Berlin W 57, den 7. August 1919.

Reichsstelle für Gewüste und Obst.

Der Vorsteher J. A.: ges. Westermann.

Wird veröffentlicht.

Königstein i. T., den 10. Oktober 1919.

Der Vorsteher des Kreisaudusses: Jacobs.

Höchstpreise für Pferdesleisch und Pferdefett.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. 9. 1915 (R. G. Bl. S. 607) und 4. 11. 1915 (R. G. Bl. S. 728) und im Anschluß an die Bekanntmachung des Kreisausschusses vom 1. 7. 1919 werden mit Genehmigung der Reichsstelle für den Kreis Königstein folgende Kleinverkaufspreise festgesetzt:

a) Pferdesleisch M. 2.20 für das Pfund

b) Pferdefett " 2.40

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Königstein i. T., den 10. Oktober 1919.

Der Vorsteher des Kreisaudusses: Jacobs.

Betrifft die Personenstandsaunahme am 15. Oktober 1919.

Die diesjährige Aufnahme des Personenstandes zum Zwecke der Einommensteuerverlängerung für das Steuerjahr 1920 ist auf Mittwoch, den 15. Oktober 1919 festgesetzt worden.

Die Haushaltungsvochände, welchen die Formulare zur Dienstlinie in diesen Tagen ausgegeben werden, hiermit unter Hinweis auf die auf der Rückseite des Formulars abgedruckte Belehrung aufgefordert, den Personenstand ihrer Haushaltung nach dem Stande vom 15. Oktober 1919 genau und vollständig in die Formulare einzutragen. Ferner sind die hier befindlichen Fremden und Ausländer mit aufzunehmen, aber als solche zu bezeichnen.

Im Falle eines mehrjährigen Wohnsitzes sieht den Steuerpflichtigen die Wahl des Ortes der Veranlagung zu. Es werden deshalb diejenigen Personen, welche einen mehrjährigen Wohnsitz haben, hierdurch erachtet, dies entweder auf der Haushalte, S. 7, zu vermerken oder bis spätestens den 25. Oktober im Steuerbüro, Bierhalle Zimmer 1, anzumelden, andernfalls die Veranlagung desjenigen Ortes gilt, in welchem die Einödung zu dem höheren Betrage stattgefunden hat. Mit der Abholung der ausgefüllten Haushalten wird am Donnerstag, den 16. Oktober begonnen.

Die Besitzer eines bewohnten Grundstückes oder deren Stellvertreter, Hausverwalter usw. sind verpflichtet den mit der Abholung der Listen vertrauten Personen sämtliche aus dem Grundstück vorhandenen Personen mit Namen, Beruf, oder Erwerbsart, Geburtsort, Geburtsjahr, Religionsbekennnis, für Arbeiter und Dienstboten auch Geschlecht usw. auch den Arbeitgeber und die Arbeitsstätte, S. 9 der Haushalte, anzugeben.

Ebenso haben die Haushaltungsvochände den Hausbewohnern, Stellvertretern oder Hausverwaltern usw. die erforderliche Auskunft über die zu ihrem Haushalte gehörenden Personen einschließlich der Unter- und Schlosshausemieteter zu erteilen.

Wer die hierauf geforderte Auskunft verweigert oder ohne genügenden Entschuldigungsgrund in der geforderten Frist garnicht oder unvollständig oder unrichtig erteilt, wird mit einer Geldstrafe bis zu 300 M. geahndet.

Auf Ausführung der Haushalte wird noch bemerkt, daß für eine leichtere Überprüfung es zweckdienlich ist, wenn zwischen den eigentlichen Haushaltungsangehörigen und den Bedienten, Schlafliegenhabern usw. je eine Zeile freigelassen wird.

Auch wird noch besonders darauf hingewiesen, daß, wie am Kopf der Haushalte vorgedruckt, sowohl die jetzige Wohnung wie auch die Wohnung im Jahre vorher einzutragen ist.

Königstein, den 10. Oktober 1919.

Der Magistrat: J. B.: Brühl.

Winterkartoffel-Versorgung.

Im Anschluß an die Bekanntmachung des Kreisausschusses vom 8. do. Mts. raten wir wiederholz den Haushaltungen in möglichst weitgehendem Maße von dem Bezug der Winterkartoffeln durch einen Landwirt, auch außerhalb des Kreises Königstein, Gebrauch zu machen. Auf Bezugsschein können Kartoffeln bezogen werden von jedem beliebigen Kartoffelzüchter, dessen Wohnort

1. in einer anderen Gemeinde des Kreises Königstein,
2. in einem Überbauskommunalverband der Provinz Hessen-Nassau, z. W. Ulrichs, Weilburg,

3. in einem Überbauskommunalverband (Kreis Rotenburg a. N., Montabaur)
gelegen ist. Bezugsscheine werden vormittags von 8—12 Uhr in der Bierhalle, Zimmer 1, ausgegeben.

Königstein, den 13. Oktober 1919.

Der Magistrat: J. B.: Brühl.

Verloren:

Schwarze Lüsterschürze auf dem Wege von der Hauptstraße bis Delmiburg. Abzugeben „Kassauer Hof“, Königstein. Polizeiliche Abmelde-Uhrzeit.

Druckerei Ph. Kleinbühl, Königstein: 2. Hauptstraße 41.

Bekanntmachung

betreffend die Fortführung der Brandkataster.
Die Herren Bürgermeister werden erachtet, die bei ihnen gestellten Anträge, welche das Eingeben neuer Versicherungen bei der Nassauischen Brandversicherungsanstalt oder die Erhöhung, Aufhebung oder sonstige Veränderung bestehender Versicherungen vom 1. Januar des nächsten Jahres zu bewezen, zu sammeln und baldmöglichst, spätestens aber bis zum 24. Oktober 1. J. hierher einzutragen.

Alle Anträge sind von den Beteiligten förmlich oder zu Protokoll anzubringen und es muß aus demselben bestimmt zu erkennen sein, was der Antragsteller verlangt. Ungulässig ist es daher insbesondere:

a) Verzeichnisse hierüber einzutragen, welche nichts weiter als die Namen der Antragsteller enthalten,
b) rechtzeitig gestellte Anträge bis zum Rundgang aufzubeben und dann erst der Kommission auszuhändigen.

Die Vorsitzenden der Schätzungscommissionen sind im Besitz von Formularen, welche zur Aufnahme der Versicherungsanträge benutzt werden können und werden dieselben in Gemäßheit des § 9 ihrer Geschäftsanweisung den Herren Bürgermeistern auf Verlangen zur Benutzung überlassen. Den Anträgen ist seitens der Herren Bürgermeister eine Nachstellung über diejenigen Gebäude beizufügen, bezüglich deren die Aufhebung oder eine Revision der Versicherung wegen Wertminderung, baulicher Veränderungen, oder feuergefährlicher Benutzung ohne den Antrag der Versicherten einzutreten hat.

Wiesbaden, 4. 9. 19.

Als gesetzlicher Vertreter der Nass. Brandversicherungsanstalt:
Der Landeshauptmann.

Anträge auf neue Versicherungen bei der Nassauischen Brandversicherungsanstalt, oder die Erhöhung, Aufhebung oder sonstige Veränderungen sind vom 10. bis 15. Oktober im Rathaus, Zimmer 2, zu stellen.

Königstein, den 19. September 1919.

Der Magistrat. J. B. Brühl.

Zwangsvorsteigerung.

Donnerstag, den 18. Oktober 1919, vormittags 10 Uhr, vorsteigere ich in Kupferthain öffentlich meistbietend gegen gleichbare Zahlung

einen alten Flügel.

Sammelpunkt der Kauflebhaber an dem Bürgermeisteramt.

Königstein i. T., den 14. Oktober 1919.

Mohnen,

Gerichtsvollzieher im Königstein i. T.

Gesangverein „Germania“ Königstein

Samstag, den 18. Oktober 1919, abends 8 Uhr,
im Vereinslokal:

Außerordentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

- 1) Kostenbericht
- 2) Besprechung über die Gesangsstunden.

Die Mitglieder werden gebeten, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Statt besonderer Anzeige.

Für die zahlreichen Glückwünsche und die Aufmerksamkeit anlässlich unserer Vermählung sagen hiermit allen

herzlichsten Dank

Heinrich Schütz und Frau Katharina
geb. Hasselbach.

Königstein, 14. Oktober 1919.

Zu einem neu beginnenden

Tanzfurstus mit allen neuen Tänzen

nehme ich Anmeldungen

Samstag, den 18. Oktober, von 4—6 Uhr
in meiner Wohnung Limburgerstraße 11 entgegen.

Lydia v. d. Heyde.

FROSCHKÖNIG SPRICHT



Das Beste

behalten, alles Schädliche ablehnen. Geschont und genährt wird das Leder durch den Schuhputz

Erdal
schwarz, gelb, braun, rotbraun
Allgemeiner Hersteller Werner & Mertz, Mainz

KROPP
MAYER

Mädchen,

in allen Hausarbeiten bewandert, für Königt. gesucht.
Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Mädchen

für Hausarbeit und zum Servieren gesucht.

Café Kreiner, Königstein.

Lehrling

gesucht.

Friedrich Jäger
Maler u. Weißbindermeister

Königstein i. T.

Sonntag im Mittagzug

Höch-Königstein 2. Klasse

Spazierstock

stehengeblieben.

Abzugeb. geg. Belohnung

Apotheke Königstein.

I zugesch. 8jähriges braunes

Wallach-Pferd

1,45 m groß, steht zu verkaufen

am Roten Kreuz i. Taunus.

1 schweres Zugpferd

u. 2 schwere Wagen

zu verkaufen. Näheres

Kirchstraße 8 : Königstein.

Brechobst

hat zu verkaufen

Franz Dornauf, König.

Haintürchenstraße.

Gute Birnen

zum essen und einschenken,

pro Pfund 40 Pf.

zu verkaufen Adam Mang,

Falkenstein.

Quitten

verkauft Albert Bauer,

Niederhöchstadt. Bahnhof.

1 gebräuchte aber sehr gute

Häckselmaschine

zu verkaufen bei Adam Kroth,

Kirchstraße, Königstein i. T.

Elektro-MOTORE

jeder Stromart teils ab Lager sofort od. kurzfristig lieferbar

J. Idstedt,
Niedernhausen i. Taunus,
Bahnstraße 109, Tel. 55.

Laubholzwellen

hat noch abzugeben

Obstgut Adolfshöhe
Hornau (Taunus)

1 junger, sprungfähiger

Ziegenbock

sof. z. kaufen gesucht.

Angebote an die Gemeindeverwaltung Fischbach.

Postkarten

(keine Ansichtskarten)

garantiert schreibfähig

für jede Linie, bester Karton,

zu haben in der Druckerei

D. Kleinböhl, Königstein.

Königstein.

Hiege's Musikschule Königstein.

Unterricht in allen Instrumenten.

Für Vorgesetzte besondere Kurse

im Zusammenspiel.

Anfang des Winterhalbjahres am 20. Oktober.

Anmeldungen an

Kapellmeister Hiege, Falkensteinerstraße 8.

Ein ordentliches, braves

Mädchen,

in allen Hausarbeiten be-

wandert, für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen

für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen

für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen

für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen

für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen

für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen

für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen

für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen

für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen

für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen

für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen

für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen

für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen

für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen

für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen

für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen

für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen

für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen

für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen

für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen

für Königt. gesucht.

Bei erfr. in der Geschäftsstelle.

Ordonnanz-Mädchen